



Together we are Bremen

<https://togetherwearebremen.org/>

https://www.instagram.com/together_we_are_bremen/

<https://twitter.com/WeAreBremen>

Kontakt: 0163 7674 616

Pressemitteilung vom 22.08.2022

Gleiche Rechte für alle ukrainischen Geflüchteten – All Refugees welcome !

Demonstration am Mittwoch 24.08.2022 | 17:00 Uhr | ab Hauptbahnhof

Vor sechs Monaten, am 24. Februar 2022, marschierte Russland in die Ukraine ein. Der Angriff zerstörte die Lebensgrundlage, die Bildungschancen und die Arbeitsplätze von ALLEN in der Ukraine lebenden Menschen – auch die von uns, die wir als Immigrierte dort gelebt haben.

Die Bomben, die auf uns und unsere Leben gerichtet wurden, haben nicht nach Hautfarbe oder Nationalpass unterschieden. Wir alle waren von diesem Krieg betroffen und wir alle wurden gezwungen zu fliehen – egal ob *weiß*, of Color oder Schwarz.

In Bremen angekommen, mussten wir bitter feststellen, dass die Bundesregierung zwischen uns und den ukrainischen Staatsangehörigen unterscheidet. Die politisch Verantwortlichen möchten uns nur Schutz gewähren, wenn wir *weiß* sind, nur wenn wir den ukrainischen Nationalpass besitzen. Das ist unwürdig.

„Wenn der Krieg nicht nach Nationalität und Hautfarbe unterscheidet, warum unterscheidet die deutsche Regierung dann, welche Geflüchteten schutzwürdig sind?“, so Elisha O. von Together we are Bremen (TWAB).

Diese nationalistische Unterscheidung ist zutiefst rassistisch, denn das Recht auf Schutz darf niemals nach Hautfarbe oder Nationalpass vergeben, es darf niemals national-rassistisch begründet werden.

Wir sind genauso wie die Tausenden anderen *weißen* Geflüchteten aus der Ukraine nach Bremen geflüchtet, um Schutz zu erhalten – und wir werden bleiben, um uns hier eine Zukunft aufzubauen!

Wir fordern:

- Sichere, mindestens zweijährige Aufenthaltsperspektiven für uns als vor dem Krieg in der Ukraine Geflüchtete!
- Zugang zu kostengünstigen, zertifizierten Deutschkursen!
- Unbürokratische Gewährung von existenzsichernden Leistungen!
- Zugang zu Hochschulprogrammen, Studienplätzen und anderen (Weiter-)Bildungsmöglichkeiten!
- Angemessene Unterbringung durch die Sozialbehörde – keine Massenlager!

„Eine Gesellschaft, die anderen Menschen ihre Rechte verwehrt und sie unten hält, beraubt sich selbst ihres Wachstums. Das muss die Bundespolitik erkennen – denn erst dann können wir alle gemeinsam diese Gesellschaft bereichern“, so Elisha O.